

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3351

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3351



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

*Linke auf der Überholspur*

Schweiz im «wohlstandsverwahrlosten Regulierungswahn»

von Anian Liebrand, Redaktion «Schweizerzeit»

Die absurde Vorstellung, der Staat könne und solle alles regeln, hat sich in Bundesbern tief verankert. An allen Ecken und Enden wuchern Regulierung und Aktionismus. Die EU-Hörigkeit ist in Bundesbern nach wie vor allgegenwärtig. Darüber darf auch das erfreuliche Ende des Rahmenabkommens nicht hinwegtäuschen.

In der Schweiz anno 2021 wännen sich Sozialisten und Umverteiler aller Art in Goldgräberstimmung. Das eidgenössische Parlament ist so links wie noch nie. Dies hat zur Folge, dass sich in der Legislatur seit 2019 Mehrheiten für Anliegen eröffnet haben, die in den vergangenen Jahren noch von stabilen bürgerlichen Mehrheiten verworfen wurden. «An allen Fronten» setzen sich die Sozialisten aller Parteien (ausser der SVP) durch und verwandeln die Schweiz auf leisen Sohlen in eine links-grüne Volksrepublik. Das CO₂-Gesetz, worüber wir am 13. Juni 2021 abstimmen und das die Unterstützung der Mitte und der FDP geniesst, widerspiegelt diese «Zeitenwende» exemplarisch.

Geschicktes Vorgehen

Die linken Staatsaufbläher gehen äusserst geschickt vor, um ihre Ziele zu erreichen. Die Salamtaktik bis zum Optimum perfektionierend, reichen sie ihre Vorstösse immer und immer wieder ein – bis die politische Konkurrenz «weichgeklopft» ist. Die Linken beherrschen das Spiel zwischen Extremforderungen und erreichbaren Kompromissen perfekt. Sobald eine Minimalforderung mehrheitsfähig geworden ist, bauen sie darauf auf, um die nächste Etappe zu fordern – skrupellos und machtorientiert vergrössern sie auf diese Weise laufend ihren Einfluss.

Der Bund kennt neuerdings zum Beispiel eine «Gleichstellungsstrategie, welche bis 2030 Gleichstellung von Mann und Frau erreicht haben will. Mit Frauenquoten, extrem teurer externer Kinderbetreuung und angestrebter Lohngleichheit. Und weil die linke Schickeria und Funktionärskaste noch viel weitreichendere Massnahmen will, kriegt die Öffentlichkeit das Gefühl vermittelt, diese Strategie sei moderat und ein bescheidener Kompromiss...

Am Laufmeter neue Tabubrüche

Dass sich die Linken im Aufwind wähnen, demonstriert auch die Offenheit, am Laufmeter neue Tabus zu brechen. Was sie sich vor wenigen Jahren nicht getraut hätten, fordern linke Politiker heute ganz offen. Ein paar aktuelle Beispiele:

- SP-Ständerat Paul Rechsteiner fordert im März 2021 die automatische Einbürgerung von Ausländern, die in der Schweiz geboren sind («ius soli»-Prinzip). Integration spielt keine Rolle, Einbürgerung soll keine Bringschuld mehr voraussetzen.
- SP-Nationalrat Fabian Molina will per Vorstoss den Gottes-Bezug aus unserer Verfassung kippen (April 2021). Ein fundamentaler Angriff auf die Wurzeln unseres Staates!
- SP-Fraktionschef Roger Nordmann will 2019 die Zahl der Flüge pro Person kontingentieren. Wer mehr als zweimal pro Jahr fliegt, soll massiv mehr zahlen. Das ist Kommunismus in Reinkultur!
- Forderungen nach dem Ausländerstimmrecht: In immer mehr Städten und Kantonen forcieren Linke neue Anläufe – gerade im April 2021 in St. Gallen und im Thurgau. In der französischsprachigen Schweiz wurde das Ziel schon auf Gemeindeebene erreicht. Salomitaktik in Reinkultur.
- Grünen-Nationalrätin Stefania Prezioso Batou fordert in einem Vorstoss die «generelle Legalisierung von Sans-Papiers und garantierten Zugang zu Sozialhilfe für die ganze Bevölkerung» (Mai 2020). Zuvor machte die Stadt Zürich mit einer «City Card» erste Schritte zur Legalisierung illegal in die Schweiz eingewanderter Ausländer.

Wohlstandsthemen

Betrachten wir die Themen und Trends, die in der Schweizer Politik in den letzten Jahren Priorität erhalten haben, lassen sich diese grösstenteils als Wohlstandsthemen betiteln, welche verstärktes Eingreifen des Staates in unsere Gesellschaftsordnung fordern. Sozialismus statt Freiheit – so die Losung.

Vom Parlament nicht korrekt umgesetzte Volksentscheide (Ausschaffungs- und Masseneinwanderungs-Initiative) haben einen Anstieg der Politikverdrossenheit bewirkt. Nicht die Parteien, welche für diese Verfassungsbrüche verantwortlich waren, mussten primär darunter leiden. Es waren seit ungefähr 2016 vor allem Wählerinnen und Wähler der SVP, die sich resigniert von der Politik abgewandt haben und den Wahlurnen ferngeblieben sind. Die mehrfach begangene Geringschätzung der direkten Demokratie haben dem Vertrauen der Bevölkerung in die Politik nachhaltig geschadet und die Spaltung der Gesellschaft verstärkt.

Zäsur

Diese Zäsur schwächt das Ansehen von Parteien generell und befeuert das Aufkommen neuer Bürgerbewegungen und Gruppierungen, die sich abseits des Parteienspektrums für konkrete Anliegen engagieren und oft nur lose organisiert sind. Zu nennen sind neben dem «von oben» finanzierten Aufstieg der Operation Libero auch neue Bewegungen wie die Freunde der Verfassung, die sich aus der Corona-kritischen Szene herausbildeten und in bemerkenswerter Manier das Referendum gegen das Covid-19-Gesetz stemmen konnten.

Einmal mehr ist zu verinnerlichen: Wachsam bleiben, Chancen erkennen, niemals verzagen.

Anian Liebrand